



ZUGVOGELTAGE STARTEN

→ IM NORDWESTEN, SEITE 10

UNSERE REGION
Oldenburger Land

TIERISCHE WELTMEISTERSCHAFT

→ OLDENBURGER LAND, SEITE 11



NWZPLUS

MIT DER NWZPLUS-APP erfahren Sie mehr: Sehen Sie ganz einfach aktuelle Videos und Bilder.



Laden Sie einfach in den Stores von Apple beziehungsweise Android die kostenlose App aufs Smartphone oder Tablet herunter. Sobald Sie dann in der NWZ oder im NWZ-ePaper ein Bild mit dem oben stehenden Logo sehen, können Sie mit Hilfe der App zusätzliche Inhalte abrufen. Eine ausführliche Beschreibung samt Erklärvideo finden Sie unter:

→ @ www.NWZonline.de/nwzplus-app

VERKEHRSTIPP

A 29: Zwischen den Anschlussstellen Wilhelmshaven und Fedderwardergröden wird die Fahrbahn erneuert. Aus diesem Grund sind die Auffahrt der Anschlussstelle Wilhelmshaven in Richtung Jade-Weser-Port und die Ausfahrt Fedderwardergröden Richtung Jade-Weser-Port für den Verkehr gesperrt.

A 28: Die Autobahn 28 wird zwischen den Anschlussstellen Wechloy und Zwischenahner Meer bis voraussichtlich Dienstag, 11. Oktober, in beiden Fahrtrichtungen wegen Reparaturarbeiten abschnittsweise halbseitig gesperrt.

A 28: Bis Freitag, 14. Oktober, wird zwischen 8 und 15 Uhr die A 28 in Fahrtrichtung Bremen zwischen Delmenhorst-Deichhorst und Delmenhorst-Adelheide, abschnittsweise halbseitig gesperrt. Grund sind Reinigungs- und Inspektionsarbeiten.

A 28: Bis Freitag, 7. Oktober, wird die Fahrbahn Richtung Leer und Fahrtrichtung Bremen zwischen Oldenburg-Wechloy und Neuenkrüge abschnittsweise halbseitig gesperrt. Grund sind Instandsetzungsarbeiten.

NAMEN



BILD: OLG

Richterin ernannt

Zur Richterin am Oberlandesgericht Oldenburg ist jetzt **DR. MAIKE ASELMANN** ernannt worden. Die 41-Jährige wird dem 1. und 10. Zivilsenat angehören, die unter anderem für Insolvenz- und Landwirtschaftsachen zuständig sind. Die Juristin absolvierte ihr Studium der Rechtswissenschaften an der Georg-August-Universität Göttingen. Sie ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Direktwahl Regional-Redaktion: **0441/99 88 2018**

Abschied von einem, der unbequem sein will

KIRCHE Prälat Peter Kossen wird Pfarrer in Lengerich – Hat ihn Streit mit Bischof den Posten gekostet?

VON TOBIAS SCHWERDTFEGER

VECHTA/OLDENBURGER LAND – Paukenschlag in der katholischen Kirche: Prälat Peter Kossen, kommissarischer Leiter des Bischöflich Münster-schen Offizialats in Vechta – und damit mächtigster katholischer Kirchenmann in der Region – gibt seinen Job auf.

Zum 1. Adventssonntag wird Kossen aus dem Dienst in Vechta ausscheiden. Der 48-Jährige wird zukünftig leitender Pfarrer in Lengerich. Das bedeutet Diaspora statt Glanz und Gloria. Gerade einmal 8000 Gläubige zählen zu Kossens neuer Pfarrei.

Laut offizieller Mitteilung der Kirche erfolge die Versetzung Kossens freiwillig. Nach fünf Jahren in der Leitung des Offizialatsbezirks (rund 265 000 Katholiken) sei es Kossens „eigener Wunsch“ gewesen, wieder in einer Pfarrei zu arbeiten. Dort könne er nämlich vor allem eines sein: Seel-



Wechselt nach Lengerich: Prälat Peter Kossen BILD: KIRCHE

sorger. Am 21. Januar soll der Prälat (lat. für Vorsteher) in sein neues Amt eingeführt werden.

Doch warum gibt Kossen das einflussreiche Kirchenamt auf? Und wie freiwillig war der Abschied aus Vechta wirklich? Nach NWZ-Recherchen hat es zwischen Kossen und dem

bisherigen Weihbischof Heinrich Timmerevers erhebliche Spannungen gegeben. Timmerevers soll sich an der Art wie Kossen etwa das Thema Werkvertragsarbeit kritisiert, gestoßen haben. Offenbar spielte dabei auch die Frage eine Rolle, ob der zweite Mann hinter dem Bischof so weit in die Öffentlichkeit treten sollte. Das Zerwürfnis der beiden Kirchenlenker war so groß, dass Kossen den Münsteraner Bischof Dr. Felix Genn vor einem Jahr um Versetzung gebeten hatte. Jetzt erst, nach Timmerevers Weggang, hat Genn die Karte gespielt. Zu erwarten ist also eine ganz neue Doppelspitze im Offizialatsbezirk.

Auf NWZ-Nachfrage bestätigte Kossen, dass er und Timmerevers in einigen „Fragestellungen nicht übereingestimmt“ hätten. Beide hatten es damals für „klüger“ erachtet, künftig nicht weiter zusammenzuarbeiten.

KOMMENTAR

VON TOBIAS SCHWERDTFEGER



Verlust für die Region

Dass Prälat Peter Kossen aus der Region verschwinden wird, ist äußerst bedauerlich. Warum? Sicher, man könnte sagen, katholisch sind hier im Oldenburger Land die wenigsten, und wen interessiert schon, wenn ein Mann ein Amt in einer verstaubten Institution aufgibt?

Das Besondere an dem Mann aus der verstaubten Institution ist jedoch, dass er für die Menschen in der Re-

gion ein ganz besonderes Interesse hat.

Anstatt sich im theologischen Elfenbeinturm zu verstecken, hat Kossen den Finger in die Wunde gelegt. Leiharbeit, Werkverträge, prekäre Arbeitsverhältnisse. Die Fleischindustrie wird drei Kreuze machen, wenn Kossen weg ist. Der Geistliche hat sich um ein Thema gekümmert, um das die Politiker gerne einen Bogen machen. Zu gewinnen gibt es hier nämlich nichts.

Sollte Kossen dieses Engagement letztlich auch das Amt gekostet haben, wäre das fatal für die Kirche. Denn damit würde sie vor allem beweisen, wie sehr sie aus der Zeit gefallen ist.

Den Autor erreichen Sie unter Schwerdtfeger@infoautor.de

Schon besser – aber noch nicht gut

WERKVERTRÄGE Fleischbranche zieht ein Jahr nach der Selbstverpflichtung durchwachsene Bilanz

18 Großbetriebe haben angekündigt, bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Für Gewerkschaft und Regierung ist das noch nicht genug.

VON KARSTEN KROGMANN

OLDENBURGER LAND – Es gibt wohl keine zweite Branche in Deutschland, die einen derart ramponierten Ruf hat wie die Fleischwirtschaft. Der Grund dafür sind zahllose Enthüllungen über katastrophale Arbeitsbedingungen für die vorwiegend osteuropäischen Beschäftigten in den Schlachthöfen. Die meisten dieser Arbeiter sind bei – zumeist ebenfalls osteuropäischen – Subunternehmen angestellt, die mit den Schlachthöfen sogenannte Werkverträge abgeschlossen haben.

Entsprechend groß war die Hoffnung, als sechs Branchenriesen vor einem Jahr Besserung gelobten und eine „Selbstverpflichtung der Unternehmen für attraktivere Arbeitsbedingungen“ unterzeichneten. Bis Juli 2016, so kündigten sie an, sollen alle in ihren Häusern eingesetzten Arbeiter in einem in Deutschland gemeldeten, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis stehen. Zwölf weitere Betriebe schlossen sich der Selbstverpflichtung an.

Jetzt hat der „Sozialpolitische Ausschuss der Fleischwirtschaft“ (SPA) Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) den ersten Umsetzungsbericht überreicht und meldet: „Die Branche hat die Selbstverpflichtung zu 100 Prozent erfüllt.“

„Ein Meilenstein“

Laut dem Bericht haben seither 8148 ausländische Beschäftigte, die bisher sogenannte Entsendete waren, einen deutschen Arbeitsvertrag erhalten. Das bedeutet: Die Arbeiter sind nun in



Harter Job in der Fleischindustrie: Ein Mitarbeiter des Branchenriesen Tönnies arbeitet im Schlachthaus in Rheda-Wiedenbrück (Nordrhein-Westfalen). DPA-BILD: BERND THISSEN



Die Arbeitsbedingungen in den Schlachthöfen der Region machen immer wieder Schlagzeilen, auch in der NWZ.

Deutschland kranken-, arbeitslosen- und rentenversichert. Damit habe die Branche „den dritten wichtigen Meilenstein erfolgreich umgesetzt“, freut sich Theo Egbers, der Vorsitzende des SPA Fleischwirtschaft. Die ersten beiden Meilensteine waren Egbers zufolge die Einführung des Branchenmindestlohns (derzeit 8,60 Euro) und die Verabredung von Standards für die Unterbringung von Arbeitern. Alles gut also in deutschen Schlachthäusern? Nein. Zwar sind die Arbeiter

nun nach deutschem Recht angestellt – die Fleischbranche hält aber wie gehabt an der umstrittenen Praxis der Werkverträge fest. Laut dem Bericht stieg das Verhältnis der selbst bei den Unternehmen angestellten Arbeitnehmer nur minimal von 43,3 auf 45 Prozent. Alle anderen arbeiten weiter als Leih- oder als Werkvertragsarbeiter.

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) sieht damit das „Hauptproblem“ weiter ungeklärt. „Entstanden ist ein Sys-

tem von Sub- und Subsub-Unternehmen, um Menschen in prekärer Beschäftigung auszunutzen und die Mitbestimmung zu umgehen“, kritisiert der stellvertretende NGG-Vorsitzende Claus-Harald Güster. Er fordert die Unternehmen auf, die Stammebelegschaft zu erhöhen und Tarifverträge abzuschließen: „Nur Tarifverträge bieten verlässliche Standards und sind verbindlich. Selbstverpflichtungen sind es nicht.“

Auch Minister Gabriel nennt das bislang Erreichte lediglich einen „Zwischenschritt“. Er lobt zwar die „Verbesserung der konkreten Lebenssituation Tausender Werkvertragsmitarbeiter“, mahnt aber gleichzeitig an, „die Bemühungen beim zugesagten Aufbau der eigenen Stammebelegschaft zu verstärken“. Dass Gabriel die Probleme keineswegs gelöst sieht, zeigt sich auch in seiner Ankündigung, „zusätzliche entsprechende Beratungsstellen“ für Beschäftigte in der Fleischbranche zu fördern.

Derweil weist die Fleischwirtschaft daraufhin, dass be-

reits die Umstellung auf deutsche Arbeitsverträge „nicht in allen Bereichen ohne Konflikte“ verlaufen sei. Zahlreiche ausländische Mitarbeiter hätten sich zunächst gewehrt, weil sie kein Interesse hätten, in das deutsche Rentensystem einzuzahlen, und weil die höheren deutschen Sozialabgaben Einbußen beim Nettoeinkommen bedeuteten. Insgesamt sind nach Branchenangaben „deutlich über 100 000 Arbeitnehmer“ in der industriellen Fleischwirtschaft beschäftigt. Die 18 Unternehmen, die die Selbstverpflichtung unterzeichnet haben, decken nach eigenen Angaben in der Schweineschlachtung 65 Prozent des Marktes ab, im Rinderbereich 45 Prozent und bei Geflügel 36 Prozent.

Zentrum im Nordwesten

Das Zentrum der Fleischwirtschaft sitzt im Nordwesten: Drei der Erstunterzeichner der Selbstverpflichtung haben ihren Stammsitz im Oldenburg Land (Danish Crown in Essen/Oldenburg, Heide-mark in Ahlhorn, PHW in Visbek), die anderen drei haben Standorte in der Region (Tönnies in Wilhelmshaven und Sögel, Vion in Emstek und Holdorf, Westfleisch in Bakum). Von den zwölf weiteren Unterzeichnern, zumeist etwas kleinere Unternehmen, sitzen drei in Weser-Ems: Steinemann in Steinfeld, Tulip in Oldenburg und die Tulip Food Company in Dinklage.

Für den niedersächsischen Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) stand übrigens schon Tage vor Abgabe des Umsetzungsberichts fest, dass die Selbstverpflichtung der Branche nicht ausreicht. „Wir wissen, dass der Anteil von Werkvertragsbeschäftigten in einigen Schlachthöfen noch immer bei 80 Prozent liegt“, sagte Lies. Wenn sich das nicht bald ändere, sehe er die Bundesregierung in der Pflicht, die gesetzlichen Regeln weiter zu verschärfen.